

Berleemann, Michael; Hinze, Jörg

Research Report

Konjunkturprognose Deutschland: Sommer 2024

HWWI Prognose, No. 2/2024

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Berleemann, Michael; Hinze, Jörg (2024) : Konjunkturprognose Deutschland: Sommer 2024, HWWI Prognose, No. 2/2024, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/298002>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Sommer 2024

Michael Berlemann | Jörg Hinze



Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 2/2024

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Juni 2024

Moderate Erholung der deutschen Konjunktur in Aussicht

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Die deutsche Wirtschaft ist nach ersten Angaben des Statistischen Bundesamts zwar mit einem kleinen Plus ins Jahr 2024 gestartet, die Ausgangssituation hat sich dadurch aber nicht grundsätzlich verändert. Zum einen hat das Statistische Bundesamt das vierte Quartal 2023 und damit den „statistischen Überhang“ nach unten revidiert, zum anderen resultiert das Plus im ersten Quartal nicht zuletzt aus einem witterungsbegünstigten Anstieg der eigentlich krisengeschüttelten Bauwirtschaft. Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) erwartet deshalb für die deutsche Wirtschaft angesichts der bislang ungelösten strukturellen Probleme unverändert für die Jahre 2024 und 2025 nur einen moderaten Aufschwung und im Durchschnitt lediglich ein Wirtschaftswachstum von $\frac{1}{4}$ % bzw. 1 %. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich inzwischen auf unter $2\frac{1}{2}$ % verringert und ist damit nun nahe dem Stabilitätsziel. Die Preise auf den vorgelagerten Stufen sind im Vorjahresvergleich zwar noch rückläufig, allerdings scheint der Rückgang seit Beginn dieses Jahres gestoppt. Dies und die merklich steigenden Löhne dürften den weiteren Disinflationsprozess bremsen. So wird für die Anstiegsrate des Lebenshaltungskostenindex sowohl in diesem wie im nächsten Jahr jeweils mit durchschnittlich etwas über 2 % gerechnet. Diese Prognosen stehen unter dem Vorbehalt einer relativ stabilen Weltwirtschaftslage. Die aktuellen geopolitischen Unsicherheiten beinhalten allerdings Risiken für Handelsströme und Weltmarktpreise, nicht zuletzt für Energie. Aber auch die „heimische“ Wirtschaftspolitik ist nach wie vor gefordert, die inländischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern.

Rezession zum Jahresbeginn 2024 vermieden

Die deutsche Wirtschaft ist etwas besser in dieses Jahr gestartet als aufgrund der ungünstigen Rahmenbedingungen - vielfältige Streiks, teilweise Lieferverzögerungen und Produktionsstilllegungen aufgrund der Gefährdung der Schifffahrt im Roten Meer, politische Querelen um die künftige Wirtschaftspolitik und Standortqualität – zunächst zu erwarten war. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2024 preis- und saisonbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Die konjunkturelle Ausgangssituation hat sich dadurch aber nicht grundsätzlich verbessert. Zum einen hat das Statistische Bundesamt das reale Bruttoinlandsprodukt für das vierte Quartal 2023 um 0,2 % auf -0,5 % nach unten revidiert und damit den sog. „statistischen Überhang“; das bedeutet, die Ausgangslage für 2024 war zur Jahreswende 2023/24 ungünstiger. Zum anderen resultiert das geringe Plus im ersten Quartal neben einem Exportplus auch aus einem witterungsbegünstigten Anstieg der eigentlich krisengeschüttelten Bauwirtschaft; die realen Bauinvestitionen stiegen im ersten Quartal preis- und saisonbereinigt

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

© HWWI

um 2,7 % und leisteten damit einen Wachstumsbeitrag von 0,3 % - bei 0,2 % BIP-Wachstum. Das lässt erwarten, dass bei normaler Witterung die Bautätigkeit preis- und saisonbereinigt im zweiten Quartal entsprechend sinken und das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal dämpfen dürfte. Diese beiden Effekte „neutralisieren“ die Abweichung zwischen voriger Prognose für das erste Quartal - leichter Rückgang des BIP - und vorläufigem Ergebnis des Statistischen Bundesamts hinsichtlich des Ergebnisses für das Gesamtjahr 2024.

Teils enttäuschend, aber auch schon wie in der Frühjahrsprognose erwartet, entwickelte sich in den ersten Monaten dieses Jahres der private Konsum, obwohl die Realeinkommen im Zuge kräftiger Lohnerhöhungen und der Auszahlung von Inflationsausgleichsprämien deutlich gestiegen sind. Nach einer Zunahme um 0,4 % im Schlussquartal 2023 ist der private Konsum im ersten Quartal dieses Jahres wieder um 0,4 % gesunken. Die privaten Haushalte waren offensichtlich weiterhin verunsichert, denn sie erhöhten merklich ihre Sparquote. Der Rückgang der staatlichen Konsumausgaben ist nach dem vorausgegangenen deutlichen Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 2023 eher als Normalisierung zu betrachten. Der weitere Rückgang der Unternehmensinvestitionen ist vor dem Hintergrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der verschiedenen Unsicherheiten im makroökonomischen Umfeld schlüssig. Zudem spielen hier momentan auch die Käufe von Firmenfahrzeugen eine erhebliche Rolle, die, nachdem sie in den letzten Jahren wohl wegen der Kaufprämien und steuerlichen Erleichterungen für Elektro- und Hybridfahrzeuge kräftig ausgeweitet worden waren, nun wieder zurückgehen.

Verhaltene Zuversicht für dieses Jahr

Die Erwartungen für die weitere Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr sind unverändert verhalten. Wichtig ist, dass der sich abzeichnende Stimmungsumschwung sowohl auf Verbraucher- wie auch auf Unternehmensebene verfestigt. Auf Verbraucherebene haben sich die Rahmenbedingungen bereits spürbar verbessert und dieser Trend sollte anhalten. Die Inflation ist mit aktuell knapp 2 ½ % merklich niedriger als die momentanen Tarifabschlüsse; die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen wieder. Die ab der Jahresmitte erwartete Zinswende macht Sparen weniger attraktiv. Der private Konsum sollte sich unter diesen Bedingungen im weiteren Verlauf dieses Jahres merklich beleben und zur wichtigen Konjunkturstütze werden.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich mittlerweile deutlich abgeschwächt – auf zuletzt 2 ¼ %. Gründe hierfür sind die trotz der nunmehr weggefallenen Energiepreisbremsen und der CO₂-Preiserhöhung zumindest im Vorjahrsvergleich noch niedrigeren Energiepreise sowie die Beruhigung bei den Nahrungsmittelpreisen. Ohne diese beiden Komponenten – oftmals auch als Kernrate bezeichnet – betrug die Inflationsrate zuletzt 3 %. Auch wenn die offizielle Inflationsrate mit knapp über 2 % dem Stabilitätsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) nahe kommt, gibt es Faktoren, die den Disinflationsprozeß nunmehr wohl abbremsen. Die Preisrückgänge auf den vorgelagerten Stufen, wie bei den Einfuhr- und Erzeugerpreisen, die momentan noch den Vorjahresvergleich begünstigen, scheinen seit Jahresbeginn weitgehend ausgelaufen zu sein. Zugleich hat sich der Kostendruck seitens der Löhne verstärkt; dies sieht man besonders an den - arbeitsintensiven - Dienstleistungspreisen, deren Anstieg sich zuletzt auf fast 4 % beschleunigt hat. Deutliche Tarifierhöhungen und (steuerbefreite) Inflationsausgleichsprämien lassen die Bruttolöhne- und Gehälter je Arbeitnehmerstunde schon seit Anfang 2023 mit einer Rate von rund 6 % gegenüber dem Vorjahr steigen, die Nettolöhne noch etwas mehr; bei schwacher Produktivitätsentwicklung sind daher die Lohnstückkosten mit rund 7 % noch stärker gestiegen. Dies birgt zunächst eher gewisse Aufwärtsrisiken für die Preisentwicklung. Auch wenn sich die künftigen Lohnabschlüsse mehr an der aktuellen Inflationsentwicklung orientieren, wird es nicht leicht, die Stabilitätsmarke der EZB von 2 % nachhaltig zu erreichen bzw. zu unterschreiten.

Die Situation am Arbeitsmarkt spiegelt in etwa die konjunkturelle Entwicklung wieder. Die Beschäftigung wurde in den ersten Monaten dieses Jahres saisonbereinigt leicht ausgeweitet. Das

liegt wie bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion teilweise sicherlich an der günstigen Witterung, teilweise am Willen der Unternehmen, Fachkräfte zu halten. Gleichwohl ist die Zahl der Arbeitslosen bis zum Frühjahr weiter leicht gestiegen; die Arbeitslosenquote betrug im April saisonbereinigt 5,9 %. Die konjunkturelle Entwicklung war offensichtlich nicht ausreichend, um die wachsende Zahl an Erwerbspersonen, nicht zuletzt aus Zuwanderung, aufzunehmen. Mit sich abzeichnender Belebung der Konjunktur und bei verlangsamter Zunahme der Erwerbsbevölkerung dürfte sich aber die Lage am Arbeitsmarkt verbessern und die Zahl der Arbeitslosen wieder abnehmen.

Konjunkturbelebung im weiteren Jahresverlauf erwartet

Der Start in dieses Jahr war trotz des saisonbereinigten leichten BIP-Anstiegs - wenn man den Sondereffekt durch die Bauinvestitionen bedenkt - eher schwach. Das konjunkturelle Umfeld für die deutsche Wirtschaft hat sich allerdings zu bessern begonnen. Die Stimmung bei Verbrauchern und Investoren scheint die Tiefstände durchschritten zu haben; die Konjunkturerwartungen haben sich laut verschiedener Umfragen schon etwas aufgehellt. Und die Wirtschaftspolitik bzw. der Staat zeigen zumindest Bereitschaft, die in den vergangenen Monaten diskutierten Standort- und Wettbewerbsprobleme angehen zu wollen. Das alles und nicht zuletzt die deutlich verbesserte Einkommenssituation der privaten Haushalte sprechen für eine nachhaltige konjunkturelle Wende. Der private Konsum, der mehr als die Hälfte Anteil am BIP hat, sollte sich schon bald spürbar beleben. Mit verbesserten Absatzerwartungen, sowohl im In- wie im Ausland, und voraussichtlich wieder günstigeren Finanzierungsbedingungen sollten auch die Unternehmen ihre Investitionen wieder ausweiten. Und nach der Jahresmitte sollte sich mit der erwarteten Zinswende auch die Bau- nachfrage allmählich stabilisieren, zumal der Wohnungsbedarf groß ist und angesichts gestiegener Mieten die Anreize sowohl für den Eigenheim- wie auch Mietwohnungsbau hoch sein sollten.

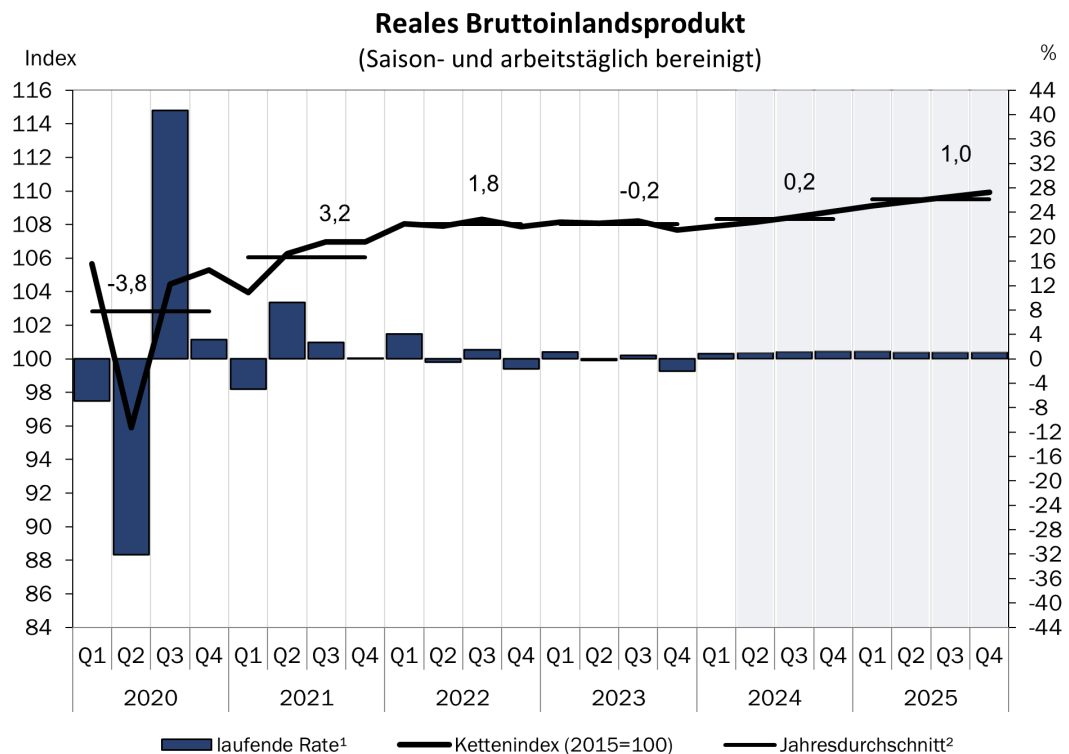
Grundsätzlich sollte sich die Konjunktur im zweiten Quartal merklich beleben. Allerdings ist bei den preis- und saisonbereinigten Bauinvestitionen bei wieder normaler Witterung ein sog. „statistischer Effekt“ zu erwarten, da eine Rückkehr auf den „Normalpfad“ in diesem Fall die laufende Zuwachsrate des BIP vermindert; letztere sollte unter diesen Bedingungen – vorbehaltlich etwaiger Revisionen durch das Statistische Bundesamt – ähnlich hoch sein wie im ersten Quartal, also etwa ¼ % gegenüber dem Vorquartal. Die Konjunkturdynamik dürfte im weiteren Jahresverlauf in der Tendenz relativ moderat bleiben, zumal das Potenzialwachstum sich merklich abgeflacht hat. Bei dieser Entwicklung wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresverlauf 2024 um 1 % zunehmen, aufgrund des gedrückten Ausgangsniveaus ist im Jahresdurchschnitt jedoch lediglich ein Wachstum des BIP um 0,2 % zu erwarten.

Auch bei der erwarteten allmählichen Erholung der Wirtschaft bleiben die Rahmenbedingungen schwierig, denn die geopolitischen Risiken – Nahostkonflikt, Ukrainekrieg, Taiwanspannungen – halten nicht nur an, sondern bergen die Gefahr einer weiteren Eskalation. Das hätte negative Auswirkungen auf die Handelsströme und Weltmarktpreise, etwa für Energie, und letztlich auf die gesamte Weltwirtschaft. Aber auch hierzulande harren strukturelle und wirtschaftspolitische Probleme ihrer Lösung. Das gilt einmal für die Finanzierung der öffentlichen Haushalte, und dabei auch die Frage einer Reform der Schuldenbremse. Das gilt zum anderen für steuerliche und regulative Reformen zur Verbesserung der Standort- und Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Davon hängt letztlich die Investitionsbereitschaft der Unternehmen ab und ist entscheidend für das längerfristige Wirtschaftswachstum. Je länger konkrete Maßnahmen auf sich warten lassen, umso später ist mit einem dauerhaften Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft zu rechnen.

Die aktuelle Inflationsrate ist mit knapp 2 ½ % der EZB-Stabilitätsmarke von 2-Prozent zwar nahe. Deren Erreichen dürfte aber nunmehr schwieriger werden. Die laufende Rate und die sog. Kernrate sind noch merklich höher. Zum einen scheinen die Preiserückgänge auf den vorgelagerten Stufen und damit deren preisdämpfenden Impulse ausgelaufen. Vor allem aber werden die bisherigen Lohn- und Kostensteigerungen noch geraume Zeit nachwirken. Die künftigen Tarifabschlüsse

werden sich sicherlich näher an der aktuellen Inflationsentwicklung orientieren. Zudem wird mit konjunktureller Belebung und Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Produktion die Arbeitsproduktivität wieder zunehmen und auch damit der Anstieg der Lohnstückkosten gebremst. Dies wird aber ein längerer Prozess sein und alles in allem wird der Kosten- und damit Preisdruck erst allmählich nachlassen. Im restlichen Verlauf dieses Jahres wird deshalb, abgesehen von monatlichen, geringen Schwankungen, mit keinem nennenswerten weiteren Rückgang der Inflationsrate gerechnet; sie dürfte sich weiter um etwa 2 ¼ % bewegen.

Die Unternehmen werden angesichts der erwarteten moderaten konjunkturellen Erholung ihre Beschäftigung nur allmählich erhöhen, zumal sie während der zurückliegenden schwachen Konjunkturphase ihre Beschäftigungsstände vielfach aufrechterhalten und so „Reserven“ haben. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte wegen des zunehmenden Erwerbspersonenpotenzials in den nächsten Monaten eher stagnieren und erst gegen Jahresende leicht zurückgehen.



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala.

2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2.Quartal 2024 Prognose des HWWI.

Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

Chancen und Risiken für stärkeres oder geringeres Wachstum in 2025

Aus heutiger Sicht erscheinen die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft für das Jahr 2025 ähnlich wie die für den restlichen Jahresverlauf 2024: Auf einer Seite erhebliche geopolitische Risiken mit Eskalationsgefahr. Die deutsche - exportorientierte - Wirtschaft wäre von verschlechterten geopolitischen Bedingungen, die die Weltwirtschaft beeinträchtigen, besonders betroffen. Auch wenn sich die Weltwirtschaftslage stabilisiert und die Auslandsnachfrage wieder zunimmt, wird der Wachstumsbeitrag von außen insgesamt bei ebenfalls anziehenden Importen gering sein. Umso mehr kommt es auf die Inlandsnachfrage an. Und hier ist nicht zuletzt die Wirtschaftspolitik gefordert, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Der private Konsum wird auch noch 2025

von den aktuellen Tariflohn- und realen Einkommenssteigerungen profitieren. Doch für wachstumsfördernde Unternehmensinvestitionen müssen nach wie vor wichtige Bedingungen - wie steuerliche Wettbewerbsfähigkeit, Deregulierung, Energiesicherheit, Unterstützung der Digitalisierung im weitesten Sinn (KI) - nachhaltig verbessert werden. Gewisse Hoffnungen liegen auch auf der Geldpolitik. Bei erwarteter und sich 2025 fortsetzender Zinssenkungstendenz dürfte sich auch die Bautätigkeit, speziell der Wohnungsbau, wiederbeleben. Unter all diesen Bedingungen wäre für 2025 eine Fortsetzung der moderaten konjunkturellen Erholung und im Jahresdurchschnitt ein Wirtschaftswachstum von 1 % zu erwarten.

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe könnte sich im Verlauf von 2025 mit weniger hohen Lohnforderungen tendenziell allmählich vermindern; in der zweiten Jahreshälfte scheint das Stabilitätsziel der EZB erreichbar. Bei dem für nächstes Jahr erwarteten, sich fortsetzenden Konjunkturanstieg werden die Unternehmen auch wieder mehr Personal einstellen. Die Zahl der Arbeitslosen wird dann leicht sinken.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2021, 2022 und 2023 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2021	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,2	1,8	-0,2	0,2	1,0
Private Konsumausgaben	1,5	3,9	-0,7	0,7	1,1
Konsumausgaben des Staates	3,1	1,6	-1,0	0,5	0,0
Anlageinvestitionen	-0,2	0,1	-0,7	-0,8	1,6
Ausrüstungen	2,8	4,0	2,8	-1,2	2,8
Bauten	-2,6	-1,8	-2,7	-1,0	0,2
Sonstige Anlagen	2,1	-0,7	-0,6	0,5	2,8
Inlandsnachfrage	2,5	3,2	-1,1	-0,1	1,0
Ausfuhr	9,7	3,3	-0,7	0,1	2,7
Einfuhr	8,9	6,6	-2,4	-0,6	2,9
Erwerbstätige	0,2	1,4	0,7	0,2	0,2
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,61	2,42	2,61	2,72	2,61
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,5	5,1	5,4	5,6	5,4
Verbraucherpreise	3,1	6,9	5,9	2,3	2,3
Finanzierungssaldo des Staates	-3,6	-2,5	-2,4	-1,4	-1,2
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	7,3	4,2	5,9	6,3	6,3

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Erwerbstätige (Inland)	0,2	1,4	0,7	0,2	0,2
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	2,4	0,1	0,5	0,1	0,2
Arbeitstage	0,1	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	2,6	1,3	0,4	0,1	0,1
Produktivität	0,6	0,5	-0,6	0,2	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	3,2	1,8	-0,2	0,2	1,0

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2582,3	2830,2	2982,0	3085,3	3180,2
Private Haushalte einschl. OoE	1785,5	1979,3	2090,6	2155,7	2229,6
Staat	796,8	850,9	891,5	929,6	950,6
Anlageinvestitionen	770,5	856,2	903,1	914,5	945,1
Ausrüstungen	227,5	253,4	275,1	277,3	290,1
Bauten	406,5	463,5	486,0	492,3	503,3
Sonstige Anlagen	136,5	139,3	141,9	145,0	151,8
Vorratsveränderungen	69,4	114,1	50,2	59,5	80,6
Inlandsnachfrage	3422,2	3800,5	3935,3	4059,3	4206,0
Außenbeitrag	195,3	76,3	186,9	217,4	218,0
Ausfuhr	1710,3	1974,2	1973,3	1987,5	2073,6
Einfuhr	1515,0	1897,9	1786,4	1770,1	1855,7
Bruttoinlandsprodukt	3617,5	3876,8	4122,2	4276,7	4423,9
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,0	9,6	5,4	3,5	3,1
Private Haushalte einschl. OoE	4,5	10,9	5,6	3,1	3,4
Staat	6,3	6,8	4,8	4,3	2,3
Anlageinvestitionen	5,1	11,1	5,5	1,3	3,3
Ausrüstungen	4,8	11,4	8,6	0,8	4,6
Bauten	5,7	14,0	4,9	1,3	2,2
Sonstige Anlagen	3,8	2,1	1,9	2,2	4,7
Inlandsnachfrage	6,7	11,1	3,5	3,2	3,6
Ausfuhr	15,6	15,4	0,0	0,7	4,3
Einfuhr	18,2	25,3	-5,9	-0,9	4,8
Bruttoinlandsprodukt	6,3	7,2	6,3	3,7	3,4

Tabelle 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2342,7	2417,4	2398,3	2413,4	2432,5
Private Haushalte einschl. OoE	1640,8	1705,1	1693,2	1704,8	1724,0
Staat	700,2	711,2	703,9	707,6	707,6
Anlageinvestitionen	660,9	661,7	656,8	651,6	662,0
Ausrüstungen	214,0	222,5	228,7	225,9	232,3
Bauten	320,3	314,6	306,1	302,9	303,6
Sonstige Anlagen	125,6	124,7	123,9	124,5	128,0
Inlandsnachfrage	3030,4	3127,1	3094,1	3091,5	3121,7
Ausfuhr	1588,0	1640,6	1629,5	1630,8	1674,4
Einfuhr	1404,5	1497,7	1461,6	1452,2	1493,8
Bruttoinlandsprodukt	3216,8	3274,9	3268,6	3276,1	3308,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	2,0	3,2	-0,8	0,6	0,8
Private Haushalte einschl. OoE	1,5	3,9	-0,7	0,7	1,1
Staat	3,1	1,6	-1,0	0,5	0,0
Anlageinvestitionen	-0,2	0,1	-0,7	-0,8	1,6
Ausrüstungen	2,8	4,0	2,8	-1,2	2,8
Bauten	-2,6	-1,8	-2,7	-1,0	0,2
Sonstige Anlagen	2,1	-0,7	-0,6	0,5	2,8
Inlandsnachfrage	2,5	3,2	-1,1	-0,1	1,0
Ausfuhr	9,7	3,3	-0,7	0,1	2,7
Einfuhr	8,9	6,6	-2,4	-0,6	2,9
Bruttoinlandsprodukt	3,2	1,8	-0,2	0,2	1,0

Tabelle 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	3,0	6,7	6,4	2,4	2,3
Konsumausgaben Staat	3,1	5,1	5,8	3,7	2,3
Anlageinvestitionen	5,3	11,0	6,3	2,1	1,7
Ausrüstungen	1,9	7,1	5,7	2,0	1,8
Bauten	8,5	16,1	7,8	2,3	2,0
Sonstige Anlagen	1,7	2,9	2,5	1,7	1,8
Ausfuhr	5,4	11,7	0,6	0,6	1,6
Einfuhr	8,5	17,5	-3,6	-0,3	1,9
Bruttoinlandsprodukt	3,0	5,3	6,5	3,5	2,4

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2471,5	2636,5	2778,0	2880,2	2980,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,0	361,8	379,8	397,2	410,9
Bruttolöhne und -gehälter	1571,3	1661,8	1777,7	1867,0	1931,5
Übrige Primäreinkommen	553,3	612,9	620,5	616,0	638,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	581,7	602,3	662,1	670,5	687,8
Nettonationaleinkommen	3053,2	3238,8	3440,2	3550,7	3668,2
Abschreibungen	703,6	788,8	847,6	880,6	915,8
Bruttonationaleinkommen	3756,8	4027,6	4287,8	4431,3	4584,0
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	2769,3	2890,9	3081,4	3188,9	3296,4
Arbeitnehmerentgelt	1918,3	2023,6	2157,5	2264,2	2342,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	851,0	867,4	923,8	924,7	954,0
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,5	6,7	5,4	3,7	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,6	4,3	5,0	4,6	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	5,8	7,0	5,0	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	3,3	4,1	6,2	4,8	3,4
Übrige Primäreinkommen	3,6	10,8	1,2	-0,7	3,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	28,5	3,5	9,9	1,3	2,6
Nettonationaleinkommen	7,5	6,1	6,2	3,2	3,3
Abschreibungen	6,5	12,1	7,5	3,9	4,0
Bruttonationaleinkommen	7,3	7,2	6,5	3,3	3,4
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	7,9	4,4	6,6	3,5	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,5	6,6	4,9	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	19,5	1,9	6,5	0,1	3,2

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1597,0	1660,6	1795,7	1885,0	1945,6
Nettolöhne und -gehälter	1062,9	1118,8	1218,0	1278,8	1319,1
Monetäre Sozialleistungen ¹	677,1	688,6	734,0	767,1	793,8
verbrauchsnahe Steuern	143,0	146,8	156,4	160,9	167,4
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	553,3	612,9	620,5	616,0	638,0
Sonstige Transfers (Saldo)	-114,7	-109,1	-123,0	-129,0	-135,0
Verfügbares Einkommen	2035,6	2164,5	2293,1	2372,0	2448,5
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	63,0	63,0	62,4	64,2	66,2
Konsumausgaben	1785,5	1979,3	2090,6	2155,7	2229,6
Sparen	313,0	248,2	265,0	280,5	285,1
Sparquote	14,9	11,1	11,2	11,5	11,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	3,4	4,0	8,1	5,0	3,2
Nettolöhne und -gehälter	4,1	5,3	8,9	5,0	3,2
Monetäre Sozialleistungen ¹	2,0	1,7	6,6	4,5	3,5
verbrauchsnahe Steuern	2,3	2,6	6,5	2,9	4,0
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	3,6	10,8	1,2	-0,7	3,6
Verfügbares Einkommen	2,4	6,3	5,9	3,4	3,2
Konsumausgaben	4,5	10,9	5,6	3,1	3,4
Sparen	-7,5	-20,7	6,8	5,9	1,7

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Tabelle 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	879,2	946,6	958,5	1021,4	1059,6
Sozialbeiträge	632,1	666,8	709,4	742,4	768,0
Vermögenseinkommen	14,5	17,6	30,9	31,8	32,7
Sonst. lfd. Übertragungen	29,9	28,0	31,3	32,2	32,4
Vermögenstransfers	19,5	18,8	20,0	20,5	21,0
Verkäufe	137,4	143,2	157,6	162,3	165,6
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1712,9	1821,2	1908,0	2010,9	2079,6
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	226,6	238,4	259,0	271,9	282,0
Arbeitnehmerentgelt	295,4	307,9	328,0	343,6	354,9
Sonst. Produktionsabgaben	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,1	26,5	36,2	42,4	48,5
Subventionen	109,2	70,0	66,4	58,1	56,7
Monetäre Sozialleistungen	609,8	619,1	662,7	692,4	716,4
Soziale Sachleistungen	331,3	354,9	360,1	371,4	381,1
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	91,9	111,4	92,3	88,4	84,4
Vermögenstransfers	65,7	89,7	96,1	92,2	94,8
Bruttoinvestitionen	92,5	100,9	106,7	112,6	116,9
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,3	-1,0	-0,7	-1,3	-1,5
Ausgaben insgesamt	1842,6	1918,1	2007,1	2072,1	2134,6
Finanzierungssaldo	-129,7	-96,9	-99,1	-61,2	-55,1
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	13,7	7,7	1,3	6,6	3,7
Sozialbeiträge	3,9	5,5	6,4	4,7	3,5
Vermögenseinkommen	-27,1	21,6	75,5	2,9	2,8
Sonst. lfd. Übertragungen	24,5	-6,4	11,8	2,9	0,5
Vermögenstransfers	26,1	-3,7	6,3	2,5	2,4
Verkäufe	6,3	4,2	10,1	3,0	2,0
Einnahmen insgesamt	9,1	6,3	4,8	5,4	3,4
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	7,2	5,2	8,7	5,0	3,7
Arbeitnehmerentgelt	3,6	4,3	6,5	4,8	3,3
Sonst. Produktionsabgaben	-11,0	-34,9	13,4	15,3	5,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,1	25,8	36,6	17,0	14,4
Subventionen	54,1	-35,9	-5,0	-12,5	-2,5
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,5	7,0	4,5	3,5
Soziale Sachleistungen	8,5	7,1	1,5	3,1	2,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	9,1	21,3	-17,2	-4,1	-4,5
Vermögenstransfers	38,1	36,6	7,1	-4,1	2,8
Bruttoinvestitionen	-0,5	9,0	5,7	5,6	3,8
Ausgaben insgesamt	7,3	4,1	4,6	3,2	3,0
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-3,6	-2,5	-2,4	-1,4	-1,2